

# Positionspapier: Klimakrise & Großstadtgesundheitsämter

Die Klimakrise ist die größte Herausforderung für die Gesundheit der Menschen und für das Gesundheitswesen in Deutschland. Gesellschaftliche und politische Entscheidungen in vielen Sektoren, wie beispielsweise Energie, Verkehr, Wohnen, Stadtplanung, Soziales oder Ernährung haben erhebliche Auswirkungen auf das Klima und beeinflussen damit auch die Bevölkerungsgesundheit maßgeblich.

Schutz vor den Folgen der Klimakrise ist immer auch Schutz der Gesundheit.

Die Gesundheit der Menschen zu schützen und zu fördern, ist die zentrale Aufgabe aller Gesundheitsämter in Deutschland.

Daher sollten Gesundheitsämter beim Thema Klimaschutz mehr einbezogen werden und ihre eigene Rolle aktiv definieren.

Die Großstadtgesundheitsämter wollen sich daher zukünftig stärker im Bereich Klimakrisefolgen und Gesundheit engagieren.

Durch klare rechtliche Rahmenbedingungen müssen die Gesundheitsämter in dieser Aufgabe gestärkt und mit Ressourcen für die kommunale Bewältigung diese Aufgaben ausgestattet werden.

Die Großstadtgesundheitsämter streben folgende Ziele an:

## **I. Klimakrisefolgen**

- Erarbeitung von Maßnahmen zum Klima- und Gesundheitsschutz mit kommunalem Fokus unter wissenschaftlicher Begleitung
- Bereitstellung von Informationen und Unterstützung für vulnerable Bevölkerungsgruppen beim Themenfeld Gesundheitsauswirkungen durch die Klimakrise
- Verankerung des Themas Klima in allen Bereichen der kommunalen Verwaltungen
- Mitberücksichtigung gesundheitlicher Aspekte bei der kommunalen Stadtplanung im Rahmen der Klimakrise, d.h. kommunale Bau- oder Planungsvorhaben beinhalten in Zukunft zwingend eine Bewertung durch Gesundheitsbehörden hinsichtlich derer Wirkungen
- Verbesserung von Krisenvorbereitung und Krisenmanagement, um künftig besser auf Folgen der Klimakrise wie zum Beispiel Extremwetterereignisse reagieren und ihre Folgen antizipieren zu können
- Mitwirkung bei der Entwicklung von Notfallplänen/-aktionsstufen, z.B. zu Hitze, Extremwetter Ereignissen und dessen Auswirkungen auf vulnerable Gruppen in Krankenhäusern, Altenpflegeheimen etc.

## **II. Klimaschutz**

- Verringerung des ökologischen Fußabdrucks der Ämter
- Vergrößerung des ökologischen Handabdrucks: Schaffung von Strukturen für mehr ökologisch nachhaltiges Handeln in den Abteilungen der Ämter und in den Städten
- Weiterbildung des Personals in Bezug auf Klima und Gesundheit

## **III. Interkommunale Zusammenarbeit**

- Aufbau von Netzwerken in den Kommunen zu Klima und Gesundheit (Behörden, staatlichen Einrichtungen, Zivilgesellschaft und Wissenschaft)
- Schwerpunktsetzung des Themas Klima und Gesundheit im Gesunde Städte-Netzwerk
- Definition des Aufgabenfeldes der Gesundheitsämter zur Thematik Klima und Gesundheit – für die Erhebung eines grundsätzlichen Stellenbedarfs